

Niederschrift über die 24. Sitzung des Bezirksausschusses am 24.09.2024, 18:00 Uhr, Heimathaus Lette, Bahnhofsallee 10, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
stimmberechtigte Mitglieder		
Frau Cornelia Bagheri	Pro Coesfeld	
Frau Beate Balzer	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hans-Jürgen Braukmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Reinhard Elsbecker	CDU	
Herr André Kretschmer	SPD	Vertretung für Frau Bettina Suhren
Herr Michael Quiel	CDU	
Herr Paul Schmitz	SPD	Vertretung für Herrn Horst Schürhoff
Frau Gisela Schulze Tast	CDU	
Herr Holger Weiling	CDU	Vertretung für Herrn Matthias Brocks
Herr Florian Wenning	CDU	
Frau Andrea Wichmann	CDU	
Frau Margret Woltering	Aktiv für Coesfeld	
beratende Mitglieder		
Herr Johann Bross	FDP	Vertretung für Frau Kirsten Fabry
Herr Dr. Heinrich Kleinschneider	CDU	
Verwaltung		
Herr Philipp Hänsel	1. Beigeordneter	
Herr Burkhard Hemmann	FBL 60	
Herr Ludger Schmitz	FBL 60	
Frau Antonia Gerding	FB 10	
Frau Katharina Woltering	FB 10	
Gäste		
Peter Petersen	Denkmalpflege/ Architekt	

Schriefführung: Frau Katharina Woltering

Herr Bernhard Kestermann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:00 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Bestellung einer Schriftführerin
Vorlage: 176/2024
- 3 Zukünftige Entwicklung der Windmühle Lette
Vorlage: 225/2024
- 4 Bürgernahes CarSharing in Wohngebieten - Standort Lette
Vorlage: 187/2024
- 5 Windenergie - 2H-Regelung (Beschluss Nr. 3)
Vorlage: 239/2024
- 6 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Der Ausschussvorsitzende Herr Kestermann begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Gäste zum ersten Ausschuss in den neuen Räumlichkeiten im Heimathaus in Lette. Er berichtet, dass vor der Sitzung gemeinsam mit den Ausschussmitgliedern der Neubau der St. Marien Kita in Lette besichtigt wurde. Er habe ein gutes Bild von der Kita erhalten und hörte, dass sowohl die Erzieher als auch die Kinder sich dort sehr wohl fühlen würden. Nun würde der Bedarf an Kindertageseinrichtungen in Lette besser gedeckt werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Kestermann berichtet, dass die Mitglieder des Ausschusses dem Löschzug Lette am 24.08.2024 zum 100-jährigem Jubiläum gratuliert hätten. Des Weiteren habe eine Fahrt in die Partnerstadt Plerguer stattgefunden. Herr Kestermann betont, dass die Franzosen sehr gastfreundlich sein würden. Es konnten Kontakte mit dem Sportverein, insbesondere mit Herrn Brocks, geknüpft werden. In Plerguer seien viele neue junge Familien aktiv. Herr Kestermann zieht ein positives Resümee und blickt in eine gute gemeinsame Zukunft.

Herr I. Beigeordneter Hänsel berichtet, dass die Jugendlichen im Dirtpark mit dem shapen begonnen hätten. Die weiteren Arbeiten würden von einer Fachfirma ausgeführt werden. Zum Beginn der Herbstferien würden die Arbeiten erledigt sein und der Dirtpark würde eröffnet werden.

Des Weiteren berichtet Herr I. Beigeordnete Hänsel, dass der Rat sich mit weiteren Standorten für die Unterbringung von Flüchtlingen beschäftigte habe. Zum einen habe man über den Standort bei Mühle Krampe sowie über einen zweiten Standort an der Raiffeisenstraße diskutiert. Es werde nun der Standort in Lette um 32 Plätze erweitert. Die Umsetzung solle zügig erfolgen, da der Stadt Coesfeld eine hohe Anzahl an Flüchtlingen zugewiesen wurden.

Herr Schmitz, Fachbereichsleiter 60, gibt einen Überblick über die Planung des Amprion Projekts Windader West und Korridor B. Hierfür nutzt er eine Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er berichtet, dass der Start und die Information über das Amprion Projekt Windader West bereits im Jahr 2023 erfolgte. Es handle sich um eine Hochspannungsleitung die über Niedersachsen verlegt werde. Eine Leitung durch Coesfelder Stadtgebiet sei unwahrscheinlich und er gehe davon aus, dass diese über das Stadtgebiet von Gescher verlegt werde. Bei dem Amprion Projekt Korridor B handle es sich um ein anderes Projekt. Hier kämen zwei Vorschlagskorridore, V48-61 und V48-63, in Betracht. Die Variante V48-63 würde durch Coesfelder Gebiet verlaufen. Derzeit werde diese Variante untersucht. Es fänden Bodenuntersuchungen statt. Ökologische Belange wären untersucht worden. Südlich von Lette wären Bodenuntersuchungen angekündigt worden.

TOP 2 Bestellung einer Schriftführerin
Vorlage: 176/2024

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, Frau Antonia Gerding zur Schriftführerin zu bestellen. Als ihre Stellvertreterin wird Frau Katharina Woltering bestellt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	13	0	0

TOP 3 Zukünftige Entwicklung der Windmühle Lette
Vorlage: 225/2024

Herr Peter Petersen, Architekt, zeigt eine Präsentation zu den Plänen der denkmalgerechten Sanierungen und Instandsetzung der Windmühle in Lette. Er nutzt eine Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Ziel der Sanierung sei es, dass die Windmühlen Flügel sich wieder drehen sollen. Die letzte Sanierung sei bereits 50 Jahre her. Nach der Sanierung werde die Windmühle, wenn die Windkraft wieder aktiv sei, ganz neu als Wahrzeichen von Lette wirken. Im ersten Schritt werde der Mühlenturm saniert. Es würde die Technik der Kappe offengelegt werden und danach werde die Kalkulation erfolgen. Es werde in zwei Bauabschnitten gearbeitet. Dieses Vorgehen würden die Förderer akzeptieren. In der Mühle werde in Zukunft mit einem Mahlstein sowie einem Walzstuhl gearbeitet werden sodass verschiedene Produkte entstehen könnten. Das neue Mühlenhaus werde als Gemeinschafts- und Backhaus nutzbar sein. Es werde diesem Nebengebäude bedürfen, da das Mehl dort verkauft werden solle und Schulen diesen Ort als außerschulischen Lernort nutzen sollen. Außerdem werden dort Sitzmöglichkeiten und Sanitäranlagen einziehen. Die Förderer hätten den Wunsch geäußert, dass die Mühle einen Nutzen aufweisen solle.

Herr Schmitz, Fachbereichsleiter 60, erklärt, dass er das Projekt befürworten werde. Bei dem geplanten Nebengebäude handle es sich um ein ergänzendes Gebäude im Außenbereich, bei dem mit über 200 qm Fläche zu rechnen sei, sodass die Bauaufsicht hier beteiligt werden müsse.

Herr Petersen erklärt, dass laut der Planung mit einer Fläche von rund 300 qm zu rechnen sei. Für eine Lehrfläche sei diese Größe erforderlich. Geplant sei eine Unterbringung von ca. 35 Personen. Der LWL sowie die untere Denkmalschutzbehörde hätten mündlich geäußert, dass keine Bedenken bestehen würden.

Herr Schmitz, Fachbereichsleiter 60 erklärt, dass er im Kontakt mit der Bezirksregierung sei. Planungsrechtlich würde er ein gewisses Problem sehen. Die Bezirksregierung würde dennoch sehr positiv und wohlwollend wirken. Es müsse eine Flächennutzungsplanänderung erfolgen. Die Fläche solle zu einem Sondergebiet gemacht werden. Der Rat werde Ende des Jahres über die Liste mit den anstehenden Planungsverfahren entscheiden. Das Verfahren werde ca. ein Jahr dauern. Der Bau müsse zuerst bei der Mühle beginnen und danach könne der Bau des Nebengebäudes beginnen.

Herr Petersen erklärt, dass die Förderer wahrscheinlich im März oder April eine Entscheidung treffen werden.

Herr Kleinschneider berichtet, dass die CDU die Pläne mit Sympathie aufgenommen hätte. Die Mühle sei das Wahrzeichen von Lette und in der Vergangenheit hätten sich viele gefragt, was daraus werden könne. Durch die denkmalgerechte Instandsetzung werde der Denkmalcharakter erhöht und eine nachhaltige Erhaltung werde möglich. Wichtig sei, dass es sich um eine gemeinnützige Rechtsform handle und kein Privatinteresse bestehe. Seit Wochen werde die Mühle bereits mit Leben, durch Musik und Kunst, gefüllt. Es sei ein kulturelles Zentrum auf dem Weg. Die Mühle könne so eine Bereicherung für Lette, Coesfeld und den Kreis Coesfeld sein. Ein nachhaltiges Nutzungs- und Wirtschaftlichkeitskonzept werde notwendig sein. Die Alternative würde ein Denkmal ohne Nutzen sein – dies würde nicht taugen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Kestermann erklärt, dass der Ausschuss das Projekt als positiv wahrnehmen würde. Er dankt Herrn Rütter, Herrn Petersen und Herrn Königsmann.

Herr Kleinschneider erklärt, dass das Projekt morgen dem Umweltausschuss und am Donnerstag dem Planungsausschuss vorgestellt werden würde. Der Bezirksausschuss Lette werde nicht über das Projekt entscheiden. Er habe einen sehr guten Eindruck von dem Projekt und hoffe, dass dies auch in den weiteren Ausschüssen so aufgenommen werde. Er hoffe, dass der Auftrag in der Prioritätenfolge weit oben stehen werde.

Herr Kestermann fragt, ob für das Projekt ein Bebauungsplan notwendig wäre.

Herr Schmitz antwortet, dass kein Bebauungsplan notwendig sei. Eine Flächennutzungsplanänderung mit der Ausweisung eines Sondergebietes reiche aus.

TOP 4	Bürgernahes CarSharing in Wohngebieten - Standort Lette Vorlage: 187/2024
-------	--

Herr Schmitz, Fachbereichsleiter 60, gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand des Carsharing Projekts in Coesfeld und Lette. Hierfür nutzt er eine Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er erklärt, dass seit dem 15.03.2024 vier Fahrzeuge zum Carsharing angeschafft worden seien. Drei Fahrzeuge würden in Coesfeld zur Verfügung stehen und ein Fahrzeug (smart forfour) stehe in Lette. Ziel des Carsharings wäre der Ersatz eines privaten Zweitwagens. Zurzeit handle es sich bei den Fahrzeugen noch um Verbrennermotoren. Bei dem Projekt Carsharing handle es sich um ein Leader-Projekt in Zusammenarbeit mit der Stadt Billerbeck. Bei dem Anbieter handle es sich um ShareNow. Diesem Anbieter sei ein Mindestumsatz garantiert worden. In Lette sei derzeit der Umsatz zu niedrig. Als Möglichkeit käme ein alternativer Standort am Gemeindeplatz in Lette oder die Umsetzung des Fahrzeugs nach Coesfeld in Betracht. Derzeit stehe das Fahrzeug an der Nikolaus-Groß-Straße.

Herr Paul Schmitz erklärt, dass der derzeitige Standort unattraktiv sei. Er wäre sich aber auch nicht sicher, ob sich das Fahrzeug am Gemeindeplatz rechnen würde.

Herr Elsbecker äußert, dass es sich bei dem Fahrzeug lediglich um eine „Schubkarre“ handle. Er sähe den Peugeot als geeigneter. Es würde an Werbung fehlen. Er sähe den Gemeindeplatz als geeigneter.

Herr Weiling fragt, wie viele Fahrten bisher gebucht wurden.

Herr Schmitz antwortet, dass im Juni und Juli insgesamt lediglich drei Fahrten gebucht wurden.

TOP 5	Windenergie - 2H-Regelung (Beschluss Nr. 3) Vorlage: 239/2024
-------	--

Herr Kestermann, Frau Wichmann und Frau Schulze Tast erklären sich bei Aufruf des Tagesordnungspunktes für befangen i. S. d. § 31 GO NRW. Sie nehmen weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil. Frau Balzer übernimmt die Leitung für diesen Tagesordnungspunkt.

Herr Schmitz, Fachbereichsleiter 60, gibt einen Überblick über den Antrag auf Unterschreitung der Windenergie-2H-Regelung. Hierfür nutzt er eine Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr I. Beigeordneter Hänsel erklärt, dass die 2H-Regelung bedeutet, dass der Abstand zwischen einer Windkraftanlage und einem Gebäude die zweifache Höhe der Anlage betragen müsse. Der Rat habe sich bereits für diese Regelung entschieden. Im Bereich neuer Potentialflächen erfolgt eine weitere konkretisierende Planung der Verwaltung nur dann, wenn mit allen direkt von der Einrichtung der Windkraftanlagen betroffenen Flächeneigentümern ein grundlegender Konsens erzielt werden kann. Der Abstand darf nur dann verringert werden, wenn durch ein Fachgutachten nachgewiesen werden kann, dass die Windkraftanlage auf der Potentialfläche nicht gegen § 249 Abs. 10 BauGB verstoßen würde. Die Rechtsprechung würde besagen, dass in der Regel davon auszugehen ist, dass die 2H-Regelung eingehalten wird, da Themen wie die erdrückende Wirkung beachtet werden müssen. Er stellt die Frage an die Ausschussmitglieder, ob sie bei dem Beschluss des Rates bleiben würden oder ob man auch unter die 2H-Regelung gehen könne.

Herr Weiling gibt an, dass in seiner Fraktion über eine 2H und 3H-Regelung diskutiert wurde. Der Rat habe sich für die 2H-Regelung entschieden. Wenn man sich jetzt für einen geringeren Abstand aussprechen würde, wäre man zukünftig vielleicht bei einem Abstand von 500m. Lette stehe für viele Windräder und die Energiewende, jedoch sehe er den sozialen Frieden in Gefahr. Der CDU gehe der alternative Beschlussvorschlag zu weit.

Herr Braukmann erklärt, seine Fraktion sei einer ähnlichen Meinung wie die der CDU. Die Bauer würden wissen, wo Windkraftanlagen gebaut werden können und wo nicht. Mit dem alternativen Beschlussvorschlag würden man sich mit „Trippelschritten“ immer weiter annähern. Verschiedene Gutachter würden unterschiedliche Meinungen vertreten, sodass die Sache vor die Gerichte gehen würde. Die Anlagen würden auch niedriger gebaut werden können. Die Bürger würden die Windkraft nicht gut annehmen. Der Beschluss vom 22.02.2024 solle beibehalten werden.

Herr I. Beigeordneter Hänsel betont, es werde nicht um 1H-gehen. Die bedrängende Wirkung werde durch die Gutachten nachgewiesen werden. In Einzelfällen könnten Gutachter zu unterschiedlichen Entscheidungen kommen, dennoch sei die Grenze irgendwo erreicht. Er sei nicht der Meinung, dass die Grenzen weiter aufgeweicht werden würden. Es wurden Informationsveranstaltungen in Coesfeld durchgeführt. Die Investoren würden mit der Höhe runter gehen. Es handle sich um ein allgemeines Thema, welches überall diskutiert würde.

Herr Kretschmer erklärt, dass die erdrückende Wirkung sowie der Lärm begutachtet werden müsse. Es solle nicht von oben herab entschieden werden. Die Prämisse sei, dass es auf die Meinungen der Anwohner ankäme. Die 2H-Regelung sei anzuwenden, bei Bürgern, die sich nicht beteiligen wollen. Wenn Anwohner auch mit einem geringeren Abstand einverstanden wären, sollte dies auch möglich sein.

Herr Schmitz, Fachbereichsleiter 60, betont, dass die 2H-Regelung richterlich bestätigt sei. Ein Gutachten wäre zwingend erforderlich, wenn man unter diese Regelung gehen würde.

Herr Kleinschneider erklärt, dass es kein halbes Jahr her sei, dass man über die Regelung entschieden hätte. Es würden sich um eine Einzelfalllösung handeln, würde man sich für die Alternative entscheiden. Eine klare Regelung sei hier immer besser. Die Anlagen würden

kleiner oder niedriger geplant werden können. Die bedrängende Wirkung kann nicht objektiv begutachtet werden, da es sich um ein subjektives Empfinden handeln würde.

Herr Quiel fragt, ob im Baugebiet zum Sanden, die Regelung von 1000m bestehen bleibe.

Herr Schmitz, Fachbereichsleiter 60, bejaht dies, da dieser Vorsorgeabstand so in den Regionalplan aufgenommen worden sei. Zwar sei dieser Abstand nicht mehr per Gesetz geregelt, aber der Ratsbeschluss hierzu sei immer noch bindend.

Herr I. Beigeordneter Hänsel erklärt, dass eine Positivplanung gemacht werden würde. Der Rat habe die Kriterien definiert.

Beschlussvorschlag:

Der am 22.02.2024 gefasste Beschluss Nr. 3 bleibt in seiner Form erhalten.

oder

Alternativer Beschlussvorschlag:

Im Bereich neuer Potentialflächen erfolgt eine weitere konkretisierende Planung der Verwaltung nur dann, wenn mit allen direkt von der Errichtung der WEA betroffenen Flächeneigentümern in einem konkreten Planungsraum ein grundlegender Konsens erzielt werden kann. In möglichen neuen Windenergiebereichen (Positivplanung, FNP-Änderung) beträgt der Abstand eines Windrades zur nächstgelegenen Wohnbebauung mindestens das Zweifache der Anlagenhöhe (Nabenhöhe plus halber Windraddurchmesser).

Der Abstand darf nur dann ausnahmsweise verringert werden, wenn durch ein Fachgutachten nachgewiesen wird, dass die WEA auf der angedachten Positivfläche nicht gegen § 249 Abs. 10 BauGB verstoßen würde.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangen
Beschlussvorschlag	8	0	2	3
Alternativer Beschlussvorschlag	Keine Abstimmung			

TOP 6 Anfragen

Herr Elsbecker möchte wissen, wie weit die Bauarbeiten und Maßnahmen am Hermann Löns Denkmal sind.

Herr I. Beigeordneter Hänsel erklärt, dass der Bauhof dort wie geplant die Bäume wegnehmen würde. Die Initiatoren hätten Kontakt mit dem Nachbarn aufgenommen.

Herr Elsbecker fragt, warum die Bürger Kostenvoranschläge einholen müssten.

Herr I. Beigeordneter Hänsel sagt, dass hierfür keine Mittel in der Finanzplanung aufgenommen wurden. Der Bauhof würde die Arbeit mit an den Bäumen übernehmen, die restlichen Arbeiten müssten über eine andere Finanzierung laufen.

Herr Elsbecker möchte wissen, wie es nun weiter gehen könne. Es könne nicht sein, dass die Bürger nun alles selbst zahlen müssten.

Herr Kestermann erklärt, dass es sich bei den Paten um die Nachbarn handeln würde. Die Stadtverwaltung würde ihnen zur Seite stehen. Fördermittel müssten nun beantragt werden. Wer diese beantragt, müsse besprochen werden. Es handle sich um ein Projekt des DIEK.

Herr I. Beigeordneter Hänsel gibt an, er sei überrascht darüber, da das Projekt bereits vor einem Jahr diskutiert wurde. Die Verwaltung habe ihre Arbeit getan.

Herr Kestermann erklärt, dass keine umfangreiche Hilfe angedacht wäre, jedoch müssten öffentliche Fördermittel angefragt werden. Dies müsse den Paten mitgeteilt werden und man sollte diese unterstützen.

Herr Schmitz, Fachbereichsleiter 60, erklärt, dass ein Antrag auf LEADER Förderung gestellt werden müsse.

Herr Elsbecker erklärt, dass der Frust tief säße und dies geklärt werden müsse.

Herr Kleinschneider möchte wissen, ob es eine einheitliche Regelung zur Schülerbeförderung im Außenbereich gäbe. Teilweise gäbe es in Bauernschaften schulpflichtige Kinder. Diesen sei es nicht zuzumuten im Regen auf den Bus zu warten. Es würde sich die Frage nach einem Bushaltesthäuschen für diese Kinder stellen.

Herr Schmitz verweist auf den Fachbereich 51.

Antwort der Verwaltung:

Im Dialog mit den Eltern/Anliegern werden die Bushaltestellen erstellt und bei Bedarf je nach Wohnort der Schulkinder auch versetzt oder neu aufgestellt. Es ist in der Verwaltung, Fachbereich 51, Team Bildung und Freizeit, ein Antrag auf Errichtung einer Bushaltestelle im Bereich Herteler eingegangen, der jetzt von der Verwaltung geprüft wird. Generell können konkrete Anfragen dieser Art mit der dafür zuständigen Verwaltung direkt besprochen werden, z.B. auch schon bei der Grundschulanmeldung.

Herr Kleinschneider merkt an, dass in der Vergangenheit darüber diskutiert wurde, eine Verwaltungsnebenstelle des Bürgerbüros in Lette in Betrieb zu nehmen. Der Vorschlag wurde unter anderem abgelehnt, da die Kosten für eine Fotoeinrichtung zu hoch wären. Er möchte wissen, ob es in Coesfeld inzwischen eine Fotoeinrichtung gäbe und wie hoch die Kosten hierfür wären.

Herr I. Beigeordneter Hänsel erklärt, dass das Bürgerbüro derzeit umgebaut werden würde und ein Fotoautomat mit eingeplant wäre. Eine Antwort aus der Verwaltung werde dem Protokoll beigelegt.

Antwort der Verwaltung:

Im Prozess der Umsetzung der Novellierung des Pass- und Ausweiswesens war lange Sachstand, dass die Kommunen die Beschaffung einer Fotostation aus eigenen Haushaltsmitteln tragen müssen. Zwischenzeitlich wurde von der Bundesdruckerei ein Betreibermodell angeboten, nach dem bei ausreichendem Umsatz die Geräte gestellt werden und pro erstelltem Lichtbild abgerechnet wird. Für das Bürgerbüro der Stadt Coesfeld wird von der Bundesdruckerei ein Standgerät bereitgestellt, welches im neu gestalteten Besucherbereich aufgestellt werden wird.

Frau Schulze Tast erklärt, dass die Freigabe des Dirlparks kurz bevorstehen würde. Es gäbe Unsicherheiten, ob der Park auch bei Regen genutzt werden könne.

Herr I. Beigeordneter Hänsel antwortet, dass bei Feuchtigkeit Material von der Bahn abgetragen werden würde. Nach einer gewissen Zeit müsse diese Schicht erneuert werden. In regelmäßigen Abständen würde neues Material aufgetragen werden.

Frau Schulze Tast möchte wissen, ob man dennoch auf der Bahn fahren könne.

Herr I. Beigeordneter Hänsel antwortet, dass die Bahn trotzdem genutzt werden könne und das Befahren nicht verboten werden würde.

Frau Schulze Tast fragt, ob in Zukunft die Jugendlichen weiter mitarbeiten müssten.

Herr Hänsel erklärt, dass man dies zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sicher sagen könne.

Herr Wenning fragt, ob die Gelder im Haushalt für das nächste Jahr übernommen würden, die für die Bepflasterung des Gemeindeplatzes eingeplant wurden. Die Bepflasterung wäre noch nicht erfolgt.

Herr Hänsel erklärt, er habe im Moment nicht den Zeitplan parat. Im Planungsausschuss wäre über die Maßnahme berichtet worden. Die Mittel würden in das nächste Jahr übernommen werden.

Frau Wichmann fragt, warum die Tempo 30 Schilder am Ortausgang Richtung Nikolaus-Groß-Straße wieder abgenommen wurden.

Herr Schmitz erklärt, dass dies versicherungsrechtliche Auswirkungen haben könne und weist auf den Fachbereich 30.

Antwort der Verwaltung:

Die Straßenverkehrsbehörde hatte hier das Recht nicht korrekt angewandt. Das Tempolimit mit „30“ ist ein Streckenverbot. Verbotsschilder können gemäß § 45 Abs. 9 Satz 3 StVO nur dann angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der in den vorstehenden Absätzen genannten Rechtsgüter erheblich übersteigt („qualifizierte Gefahrenlage“). Die Stadt Coesfeld hatte die „30“ wohlwollend angeordnet, da die Kreuzung Coesfelder Straße/Zur Stegge/Kreuzstraße Schulweg ist und die Sichtverhältnisse aus der Kreuzstraße auch nicht ganz optimal sind. Bei der letzten Verkehrsschau wurde aber unter Beteiligung der zuständigen Aufsichtsbehörde (Bezirksregierung Münster) festgestellt, dass die Gefahrenlage hier nur „allgemein theoretisch“ zu sehen ist und dass es sich hier eben nicht um eine qualifizierte Gefahrenlage handelt, wie z. B. an Knotenpunkten mit einer hohen Unfalllage. Tempo 30 wurde dort -Stand jetzt- also nicht im Sinne des Gesetzes korrekt ausgelegt. In solchen Fällen müssen dann leider Beschilderungen wieder „einkassiert“ werden.

Herr Paul Schmitz erklärt, dass die Parkplätze am Friedhof häufig von kleinen LKW belegt wären. Er möchte wissen, ob es die Möglichkeit gibt, dies in Kurzzeit Parkzonen umzuwandeln.

Herr Schmitz, Fachbereichsleiter 60, erklärt, dass dies der Fachbereich 30 beantworten könne.

Antwort aus der Verwaltung:

Kleine LKW wurden dort bislang nicht gesehen. Hin und wieder stehen dort Pkw-Anhänger. Ggf. könnte dort ein Zusatzzeichen angebracht werden, dass nur das Parken von Pkw (und eben keine Anhänger) zulässig ist. Der Fachbereich 30 wird das zeitnah abschließend prüfen und ggf. anordnen.

Herr Paul Schmitz fragt, wie der aktuelle Stand des Dinnendahl-Denkmal sei.

Herr Elsbecker gibt an, dass das Kunstwerk gereinigt werde und man versuche, die Graffiti zu entfernen. Am Karpfenteich soll ein Fundament und die Pflasterung erfolgen. Das Denkmal solle dann mit Bezug zum Karpfenteich wieder aufgestellt werden.

Herr Braukmann fragt, was der Bezirksausschuss machen müsse, damit die Mitglieder eine Besichtigung bei Parador bekämen. Der Bereich der Logistik wurde im Ausschuss beschlossen. Er würde gern sehen, wie der Bereich genutzt würde und wie die geänderte Beleuchtung aussähe.

Herr I. Beigeordneter Hänsel erklärt, dass man jederzeit dort selbst anrufen könne, um einen Termin zu vereinbaren. Die Kita Besichtigung läge im Bereich der Stadtverwaltung, eine Parador Besichtigung könne jedoch in eigener Hand erfolgen. Sollten die Mitglieder eine Ablehnung erhalten, könne man nochmal seitens der Verwaltung mit den zuständigen Mitarbeitern sprechen.

Herr Braukmann bittet darum, dass der Ausschussvorsitzende einen Besichtigungstermin vereinbaren sollte.

Herr Kestermann erklärt, dass er sich die Telefonnummer durch Herrn I. Beigeordneten Hänsel geben lassen wird und dort anrufen wird.

Herr Braukman erklärt, dass der Preis für den ÖPNV nach Coesfeld 7,20 € beträgt. Er möchte wissen, ob es eine Mitfahrbank nach Coesfeld oder Dülmen gäbe. Eine Mitfahrbank bei Uckelmann würde sinnvoll sein. Der Bürgerbus wäre keine Alternative.

Herr Hemmann antwortet, dass dies ein nachvollziehbarer Wunsch sein. Es gäbe die Mitfahrbörse PENDLA des Kreis Coesfelds. Diese sei kostenlos nutzbar und würde die Möglichkeiten steigern.

Herr Hänsel erklärt, dass eine Mitfahrbank im Sanden stehen würde.

Herr Braukmann erklärt, dass eine Bank bei Edeka keinen Sinn machen würde.

Herr Kestermann erklärt, dass er den Vorschlag einer zusätzlichen Mitfahrbank mitnehmen werde.

Frau Balzer fragt, ob es die Möglichkeit der Einrichtung einer Schnellladesäule geben würde. Der Bedarf wäre da.

Herr Wenning erklärt, dass die Stadtwerke hierzu bereits Stellung genommen hätten. In vergangenen Protokollen sei dies nachzulesen.

Herr Schmitz, Fachbereichsleiter 60, erklärt, dass in Zukunft wahrscheinlich bei Tönnemann eine Schnellladesäule eingerichtet werden würde.

gez. Bernhard Kestermann
Ausschussvorsitzender

gez. Antonia Gerding
Schriftführerin

gez. Beate Balzer
stellv. Ausschussvorsitzende